

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 2

Artikel: Ein Beitrag zur Debatte : Konkordanzsystem und Opposition
Autor: Kriesi, Hanspeter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340095>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

das schöne Ratsritual stören, Sand in das Getriebe werfen. Ich fühle mich einen Moment lang ohnmächtig. Was soll ich hier?

Irgendwie musste ich wieder alle Vernunft spüren: die männliche Eitelkeit war grösstenteils verletzt. Je mehr Lilian Ermutigungen und Briefe bekam, je mehr sprachen die bürgerlichen Männer von Kontraproduktivität. Damit unterstellend, wir hätten die Sympathiewelle selber ausgelöst, die vielen Frauen, die Lilian unterstützten und

als Bundesrätin haben wollten, wären nicht mündig genug. Noch hatte der Gewählte nicht zugesagt, er muss zuerst von Basel nach Bern fahren, fast 60 Minuten lang hat er Zeit zum überlegen, wie er mit uns umgehen will. Vielleicht geschieht dann das Wunder. Ein Mann sagt: Nein! Danke schön für die Sympathie, mir ist aber meine Partei lieber. Die Zeit ist reif für eine Frau, bitte nehmt Lilian, sie hat die Mehrheit in unserer Fraktion! Ein Mann sagt nein und lässt den Platz frei für eine Frau.

Ein Genosse sagt nein und verhindert das Kräftespiel der Bürgerlichen.

Ein Genosse sagt nein und zeigt, dass wir uns nicht beliebig auswechseln lassen. Ich bin um eine (winzige) Illusion ärmer. Schliesslich wurde ich nicht in den Nationalrat gewählt, um Tagträume zu pflegen!

Er hat ja gesagt.

Die Wunden schmerzen. Genossinnen und Genossen, habt Euch lieb, damit wir die schwere Zeit überstehen können!

Ein Beitrag zur Debatte

Konkordanzsystem und Opposition

Von Hanspeter Kriesi

Die Frage nach einer Modifikation des etablierten Allparteien-Regierungssystems, des herrschenden Konkordanzsystems, stellt sich nicht erst seit der jüngsten Nicht-Wahl der offiziellen SP-Kandidatin für den Bundesrat. Diese Frage beschäftigt einen kleineren Kreis besorgter Beobachter der politischen Szene schon seit Jahren. An Reformvorschlägen hat es nicht gemangelt. Gemeinsam ist diesen Vorschlägen, dass sie auf der institutionellen Ebene der Verfassung angesetzt haben, dass sie sich eine Änderung des Systems nur über eine Änderung der verfassungsmässigen Spielregeln des Systems vorstellen konnten. So hat etwa, um nur ein neueres Beispiel zu nennen, Germann (1975) vorgeschlagen, das Konkordanzsystem zugunsten eines sogenannten «bipolaren» Systems (eines Systems mit Regierung und Opposition) aufzugeben, wobei er, der dominierenden institutionellen Sichtweise folgend, davon ausgegangen ist, dass ohne

grundlegende Verfassungsänderungen ein Abgehen von Konkordanz und Allparteien-Regierung praktisch unmöglich sei (S. 187). Folgerichtig hat er denn auch eine ganze Reihe von Verfassungsänderungen vorgeschlagen, welche die Bipolarität ermöglichen und absichern sollten.

Verfassungsänderungen fallen aber nicht vom Himmel, sondern sind Ausdruck gewandelter politischer und damit letztlich auch gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Institutionelle Reformen begünstigen und stabilisieren zwar ihrerseits politische Veränderungen, aber sie stehen keineswegs am Anfang, sondern eher am Ende derartiger Prozesse. Institutionelle Reformen setzen politische Handlungsbereitschaft voraus, können sie keinesfalls ersetzen. Deshalb sollte man im Zusammenhang mit der Frage nach der Modifikation des etablierten Regierungssystems nicht gleich mit dem institutionellen Diskurs beginnen, son-

dern mit einer Debatte über die aktuelle Transformation der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Zu dieser Debatte möchte ich mit den folgenden Überlegungen beitragen.

Die Entwicklung des Konkordanzsystems

Das Konkordanzsystem ist selbst ein Produkt spezifischer historischer Umstände. Seine Etablierung in der heutigen, quasi definitiven Form wurde zunächst begünstigt durch die äussere Bedrohung im Zweiten Weltkrieg, dann durch die enorme Wirtschaftsexpansion der Nachkriegszeit, welche beide die traditionellen Klassengegensätze abgeschliffen, dem Konflikt zwischen Arbeit und Kapital die Spitze genommen haben: Der erste sozialdemokratische Bundesrat trat noch während des Krieges, im Jahre 1943, in die Landesregierung ein, die «Zauberformel» mit zwei sozialdemokratischen

Bundesräten wurde 1959, nach einem mehrjährigen Intermezzo ohne SP-Bundesräte, zur Zeit der noch ungebrochenen Nachkriegs-Hochkonjunktur eingerichtet. Analog zu den Gewerkschaften, welche seit dem Friedensabkommen von 1937 ins System integriert worden sind, ist damit auch die Partei der gemässigten Linken, die bis dahin stärkste Oppositionspartei, zum Mitträger des Systems geworden. Die radikalere Linksoption, welche in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch einmal eine kurze Blütezeit erlebt hatte, verlor im Zuge des zunehmenden Wohlstands breiter Bevölkerungskreise und unter dem Druck der ideologischen Verhärtung («kalter Krieg», «Ungarn») gleichzeitig stark an Boden.

Bemerkenswert am Konkordanzsystem war von Anfang an die ausserordentlich schwache Stellung der politischen Linken in diesem System: Die gemässigte Linke war von der bürgerlichen Mehrheit aus einer Minderheitsposition heraus, sozusagen präventiv ins System «kooptiert» worden, d.h. sie wurde an der Regierung beteiligt, ohne dass ihr gleichzeitig auch ein entsprechender Einfluss auf die Regierungsgeschäfte gewährt worden wäre. Der innere Kreis der politischen Elite blieb im wesentlichen ein bürgerlicher Kreis (vgl. Kriesi 1980), in welchem die Linke sogar noch verglichen mit ihrem ohnehin relativ bescheidenen Wähleranteil unterrepräsentiert ist. So finden sich beispielsweise auch heute noch unter den Chefbeamten nur relativ wenige Sozialdemokraten. *Die «Zauberformel» blieb, wie Germann dies einmal ausgedrückt hat, eine Fassade, mit der die allgemeine Machtlosigkeit der politischen Linken kaschiert worden ist und kaschiert wird.* Beteiligung und politische Macht der Linken konzentrierten sich im

Rahmen der Konkordanzregierung auf sozialpolitische Fragen, während sie in anderen Politikbereichen — vor allem in den zentralen Bereichen der Finanzpolitik und der allgemeinen Wirtschaftspolitik — sehr wenig zu sagen hatte. Selbst in der Sozialpolitik vermochte sie ihre Vorstellungen nicht durchzusetzen, denn auch hier hatte sie bloss einen Minderheitsstatus. Ihre relative Stärke in diesem Bereich erreichte sie aber vor allem aufgrund der Tatsache, dass sie hier eigene Vorstellungen entwickelt und diese in Form von Initiativen von aussen her ins System eingebracht hat. So war das berühmte «Tschudi-Tempo» in der Entwicklung der AHV in erster Linie deshalb möglich, weil sowohl die gemässigte als vor allem auch die radikale Linke (mit der «Volkspensions-Initiative») von aussen her Druck auf das Konkordanzsystem aufgesetzt hatten. Begünstigt wurde das legendäre Ausbautempo im sozialpolitischen Bereich zusätzlich durch die damals herrschende Hochkonjunktur sowie durch den Umstand, dass man aufgrund jahrzehntelanger Vernachlässigung des Ausbaus der Sozialwerke auch auf einem sehr tiefen Niveau startete.

Abgesehen von der AHV ist das Konkordanzsystem bei praktisch allen grösseren Reformversuchen, die vor allem seit Ende der sechziger Jahre unternommen wurden, gescheitert, oder es hat sich mit Minireformen zufriedengegeben. Dies hat einerseits damit zu tun, dass die Linke ihre Reformvorstellungen nicht durchsetzen konnte. Andererseits ist dies aber auch eine Folge der Spaltung, die bei allen umstrittenen grösseren Reformwerken durch die Reihen der bürgerlichen Mehrheit hindurch verlaufen ist. In Sachfragen, welche zentral Klasseninteressen betroffen haben (z.B. in der Frage der Mitbe-

stimmung), sind gemässigte bürgerliche Kreise — primär aus der CVP — ausgeschert. In Sachfragen, welche föderalistische gegen zentralistische oder planerische Interessen betroffen haben (z.B. beim Konjunkturartikel oder beim Raumplanungsgesetz, je erste Version), ist die Spaltung durch den Freisinn hindurch verlaufen, indem seine bremsende Minderheit sich gegen die technokratische Mehrheit gerichtet hat.

Das bürgerliche Lager hat sich im Laufe der Entwicklung der Konkordanzdemokratie nicht immer als so homogen erwiesen, wie es sich anlässlich der Bundesratswahlen vom letzten Dezember präsentierte.

Innerhalb dieses Lagers lassen sich schon seit längerer Zeit mindestens drei Fraktionen unterscheiden, welche sich nicht mit den drei grossen bürgerlichen Parteien decken:

- Die Fraktion der Wertkonservativen, die traditionelle Werte erhalten möchte und dazu auch zu gemässigten Strukturreformen bereit ist,

- die Fraktion der Technokraten, die für effiziente Strukturreformen eintritt, ohne Rücksicht darauf, was dies für die traditionellen Werte (Umwelt, Gesundheit, sozialer Frieden u.ä.) bedeutet,

- die Fraktion der Strukturkonservativen, die ich soeben auch als «bremsende Minderheit» bezeichnet habe, welche an den herrschenden Strukturen um jeden Preis festhalten möchte, weil sie damit die traditionellen Werte und Herrschaftsverhältnisse am ehesten glaubt erhalten zu können.

Zu diesen drei Fraktionen kommt in den letzten Jahren auch eine «grüne» Fraktion hinzu, welche die Problematik der Folgeprobleme des Wachstumsprozesses erkannt hat und glaubt, diese im Rahmen der bürgerlichen Parteien angehen zu können.

Es war vor allem die Fraktion der Strukturkonservativen, welche in der ersten Hälfte der siebziger Jahre Reformen zu verhindern wusste. Obwohl diese Fraktion nicht besonders gross war, hat sie doch in entscheidenden Momenten weite Teile des bürgerlichen Lagers hinter sich geschart und verschiedentlich Abstimmungskämpfe für sich entschieden, wobei sie von der politischen Unwissenheit der Bürger, welche sie demagogisch auszunützen verstand, profitiert (vgl. Gruner/Hertig 1983, Seite 47-137). Trotz Konkordanz waren somit in diesem System schon zur Zeit der wirtschaftlichen Expansion Kompromisse nur unter ganz massivem wirtschaftlichem Druck (inflationistische Überhitzung) oder unter politischem Druck der Opposition ausserhalb des Systems möglich.

Um so unwahrscheinlicher wurden reformerische Kompromisse seit dem Ende der Wachstumsperiode Mitte der siebziger Jahre. Im Zuge der «Tendenzwende» sind die bürgerlichen Fraktionen näher zusammengedrückt, haben sich mehr oder weniger auf den kleinsten gemeinsamen Nenner — die Fortschreibung des Status quo im Sinne der Strukturkonservativen — geeinigt und gegenüber ihrem Juniorpartner in der Regierung zunehmend einen «Herr-im-Hause»-Standpunkt vertreten. Getragen von der neo-konservativen Zeitströmung, bei gleichzeitig fortschreitender Indifferenz der Stimmbürger in bezug auf die offizielle Politik des Konkordanzsystems, haben sie Erfolge an der Urne erzielt (Nationalratswahlen 1979), die anstehenden Probleme aber nicht gelöst, sondern nur vor sich hergeschoben. *Die SP hat sich angesichts dieser Entwicklung weitgehend defensiv verhalten, sich, wie gelähmt, darauf beschränkt, zu*

retten, was noch zu retten schien, und sich damit in eine immer unattraktivere Position hineinmanövriert. Der Gedanke, dass es so nicht weitergehen könne, setzte sich nicht fest, man versuchte lediglich, die Verluste in Grenzen zu halten, was bei den Wahlen vom letzten Herbst auch knapp gelang. Bis die Nicht-Wahl von Frau Uchtenhagen den Fassaden-Charakter des Konkordanzsystems für breite Bevölkerungskreise überdeutlich ins Bewusstsein hob.

Die Entwicklung der Opposition

Mit dem Eintritt der SP in die Regierung wurde ein Prozess beschleunigt, der schon früher eingesetzt hatte: Der Zerfallsprozess traditioneller politischer Identitäten. Als Folge des tiefgreifenden Strukturwandels, der die schweizerische Gesellschaft in der Nachkriegszeit grundlegend verändert hat, verloren die traditionellen Interessengegensätze zwischen Konfessionen, Regionen (Sprache) und Klassen zusehends — abgesehen von Ausnahmen (ich denke da vor allem an den Jura) — an Bedeutung. Damit wurde den traditionellen politischen Organisationen (vor allem den Parteien), welche auf diesen Gegensätzen aufbauten, tendenziell der Boden entzogen. Auf der Basis polarisierter und sichtbarer Gegensätze und gestützt auf weitreichende soziale Theorien hatten diese Organisationen kohärente Weltbilder vermittelt und politische Identitäten zu stabilisieren vermocht. Mit der Einebnung der traditionellen Gegensätze zerfielen auch diese etablierten Organisationen und die von ihnen gestützten Identitäten mehr und mehr. Ihre sukzessive Integration ins Regierungssystem und vor allem die Integration der Organisationen der Arbeiterbe-

wegung mittels Friedensabkommen und «Zauberformel» haben die Entpolarisierung beschleunigt und damit die Auflösung traditioneller politischer Identitäten verstärkt.

Daraus ergab sich die weiterhin beklagte, zunehmende Stimm- und Wahlabstinenz, welche im internationalen Vergleich einmalige Ausmasse annimmt (vgl. Dittrich/Johansen 1983). Mitte der sechziger Jahre erreichte die politische Demobilisierung vermutlich ihren Höhepunkt: Das Konkordanzsystem stand in voller Blüte, und noch hatte sich keine neue, breite oppositionelle Bewegung entwickelt. Bereits zeichneten sich aber neue Protestpotentiale ab, die von den etablierten politischen Organisationen nicht absorbiert werden konnten: Wie der Erfolg der Überfremdungsbewegung zeigt, erwies sich der Import ausländischer Arbeitskräfte nicht als derart unproblematisch, wie zunächst angenommen worden war. Gegen Ende der sechziger Jahre geriet auch der Wachstumsprozess zunehmend ins Stocken, und die Folgeprobleme dieses Prozesses machten sich immer deutlicher bemerkbar. Die aus dieser Entwicklung resultierenden «horizontalen Disparitäten», die «quer» zu den traditionellen Klassengrenzen verlaufen und diese tendenziell auflösen, bildeten den strukturellen Hintergrund für neue Mobilisierungs- und Protestpotentiale, für neue politische Identitäten.

Die Basis für eine neue Linksoption wurde im Aufbruch der späten sechziger Jahre gelegt. Studentenbewegung und Neue Linke bildeten die Kristallisationskerne dieser neuen Opposition, welche vorerst versucht hat, an die schon fast verschüttete radikale Tradition der Arbeiterbewegung neu anzuknüpfen. Einerseits wurde mit dem Aufbau neuer Linkspartei-

en begonnen, andererseits hat man den «langen Marsch» durch die bestehenden Organisationen der Arbeiterbewegungen angetreten, mit dem Ziel, diese zu erneuern und wiederzubeleben. Von den verschiedenen neuen Parteiansätzen haben bis heute die POCH und die SAP als einzige mit einigem Erfolg überlebt. Innerhalb der SP hat die neue Strömung der 68er Generation aber eine bedeutende Stellung errungen und bildet heute ein Gegengewicht zur mittleren Generation, welche — durch Wirtschaftswunder und «Zauberformel» geprägt — unerschütterlich an Konkordanz und Sozialpartnerschaft glaubt und der Überzeugung ist, beim herrschenden System handle es sich um das einzig Mögliche.

Im Laufe der siebziger Jahre ist das Projekt einer revolutionären Arbeiterbewegung — trotz einer kurzfristigen Wiederbelebung im Zuge der Krise — jedoch mehr und mehr abhanden gekommen, und eine andere Tendenz, die schon im 68er Aufbruch angelegt war, hat sich verstärkt durchgesetzt. «68» ist nicht nur die Quelle von Parteaufbaubemühungen, sondern auch von sozialen Experimenten, neuen Lebensformen, einer Gegenkultur und neuer sozialer Bewegungen ganz allgemein, von Bewegungen, die nicht mehr wie die Arbeiterbewegung in erster Linie auf die Verbesserung der materiellen Wohlfahrt der benachteiligten Bevölkerungsschichten abzielen, sondern die ganz allgemein neue Lebensformen anstreben. Zu nennen wären beispielsweise die Frauenbewegung, die Jugendbewegungen, die Ökologiebewegung, die Alternativbewegung und ihre «Inseln der Zukunft», die Friedensbewegung. Diese «alternativen» oder «grünen» Tendenzen haben sich im Laufe der siebziger und frühen achtziger

Jahre stärker durchzusetzen begonnen.

Wesentlich scheint mir nun im gegenwärtigen Zusammenhang, dass sich diese neuen oppositionellen Tendenzen ausserhalb des herrschenden Konkordanzsystems etabliert haben und dass dieses System auch keinerlei Anstalten getroffen hat, um diese Tendenzen zu integrieren. Die neue politische Opposition hat sich nicht mehr in erster Linie traditioneller Formen politischer Willensäusserung bedient, sondern sie hat auf unkonventionelle Formen wie Demonstrationen, Boykotte, Häuserbesetzungen, Protestversammlungen, Flugblattaktionen und ähnliches zurückgegriffen, oder sie hat vernachlässigte traditionellere Formen wie das Initiativ-, Petitions- und Referendumsrecht wiederbelebt. Das Jahr 1968 bildet auch in dieser Hinsicht eine Art Wendepunkt für die Schweiz: In diesem Jahr haben die unkonventionellen politischen Aktivierungsereignisse nach einer langen Phase der Bedeutungslosigkeit schlagartig zugenommen. Zu Beginn der siebziger Jahre ist ihre Zahl dann nochmals stark angestiegen, ohne im späteren Verlauf der siebziger Jahre je wieder auf das Niveau vor 1968 zurückzufallen. Für den ersten Anstieg dieser unkonventionellen Aktionen waren in erster Linie die Probleme im Bildungsbereich sowie internationale Fragen (Vietnamkrieg, CSSR) verantwortlich. Hinter dem zweiten Anstieg stehen die Folgeprobleme des Wachstumsprozesses (Infrastrukturprobleme allgemein, AKW-Probleme im besonderen). Mit der Krise hat auch die traditionelle Klassenproblematik zum Teil wieder an Bedeutung gewonnen. Im Verlaufe der siebziger Jahre haben diese unkonventionellen Aktivierungsereignisse typischerweise einen immer konkreteren,

punktuelieren, aber auch radikaleren Charakter angenommen (vgl. Kriesi et al. 1981).

Die Aktivitäten dieser alternativen Kräfte sind nicht ohne Wirkung auf die Einstellungen und Verhaltensweisen der «schweigenden Mehrheit» geblieben, was sich vielleicht am deutlichsten an der Einstellung der Schweizer zur Atomenergie dokumentieren lässt: Befürworteten 1973 noch zwei Drittel der Schweizer die Atomenergie, so ist heute eine deutliche Mehrheit gegen die Erstellung weiterer AKW in der Schweiz. Die Energiepolitik ist ein Beispiel eines Politikbereichs, wo die Mehrheit der Stimmbürger (die noch zur Urne gehen) der zusammengerückten bürgerlichen Mehrheit im politischen System mit dem Stimmzettel Widerstand leistet. So hat neuerdings die VOX-Analyse gezeigt, dass der Energieartikel, der im letzten Jahr zur Abstimmung vorgelegt wurde, angenommen worden wäre, wenn er schärfer, d.h. umweltfreundlicher, formuliert gewesen wäre (vgl. Tages-Anzeiger, vom 27. April 1983). Ein weiteres Beispiel dieser Art bildet der Konsumentenschutz, den die Stimmbürger gegen den Willen der bürgerlichen Mehrheit gestärkt sehen wollten, indem sie wider Erwarten und zum erstenmal seit Jahrzehnten wieder einmal eine Initiative auf Bundesebene angenommen haben.

Das politische System hat auf diese Entwicklung nicht etwa, wie in früheren Zeiten, mit verstärkten Integrationsbemühungen reagiert, sondern mit verstärktem Konservatismus und mit verstärkter Unterdrückung.

So hat eine Analyse des Erfolgs von Aktivierungsereignissen der beschriebenen unkonventionellen Art in der Nachkriegszeit ergeben, dass sich das politische System gegenüber den Interessen Andersdenkender im Laufe der siebziger Jahre zu-

nehmend verschlossen hat. Diese Analyse hat gezeigt, dass sich das politische System in erster Linie auf unterer Systemebene und vor allem in der deutschen Schweiz parallel zum Anstieg der Bürgeraktivitäten verhärtete, dass es den Aktivierungen der Bürger generell skeptisch bis ablehnend gegenübergestanden ist und gegenübersteht und dass ein allfälliger Erfolg der Bürgeraktivitäten in der Regel nicht dank der Unterstützung durch die politische Elite, sondern trotz ihres Widerstands zustande gekommen ist. Entsprechend der diagnostizierten Reformunfähigkeit sind die innovativen Partizipationsansätze nicht unterstützt, sondern ignoriert oder gar abgewürgt worden. Das System ist in den späten siebziger und in den frühen achtziger Jahren im Zeichen der «Tendenzwende» in defensivem Konservatismus erstarrt. Man hielt und hält am «Bewährten» fest, koste es, was es wolle. Realitätsverleugnung wird, wie Muschg es einmal genannt hat, zum tragenden Stilelement der Verteidigung des Systems.

Optionen für die SP

Die SP nimmt unter den — zu- gegeben äusserst verkürzt — beschriebenen Umständen eine sehr unbequeme, zwiespältige, um nicht zu sagen schizophrene Position ein: Einerseits ist sie Teil der Konkordanz, andererseits ist sie Teil der Opposition. Einerseits trägt sie mit an der Verantwortung für eine Politik, welche im wesentlichen nicht von ihr gemacht wird und die immer einseitiger auf die Interessen von anderen ausgerichtet ist. Andererseits opponiert sie gegen diese Politik zusammen mit einer Opposition, die von diesen anderen — unter ihrer Duldung oder oft gar aktiven Unterstützung — massiv unterdrückt wird. So kann es einem populären sozialdemokrati-

schen Bundesrat, wie es Willi Ritschard war, passieren, dass er eine bürgerliche Politik gegen seine eigenen Interessen und gegen die Interessen seiner Partei verteidigen muss und ihr, aufgrund seiner Popularität sogar zum Durchbruch verhilft.

In der Tat eine unhaltbare Situation, welche die Glaubwürdigkeit dieser Partei nach allen Seiten hin untergraben muss und sie auch untergräbt. Angesichts dieser Lage lassen sich Optionen in drei Richtungen skizzieren. Eine erste Option ist durch die letzte Bundesratswahl vorgezeichnet: Verstärkte Integration ins Konkordanzsystem — auf Kosten der eigenen Autonomie und auf Kosten der Oppositionsfunktion. Die SP würde so zu einer weiteren Partei der breiten, oft auch «dynamisch» genannten Mitte des Parteienspektrums. Die Folgen einer derartigen Strategie sind absehbar und für die Partei mit aller Wahrscheinlichkeit verheerend. Der ihr verbliebene Rest einer Identität würde damit vollends beseitigt. Die SP würde nicht nur keine neuen Potentiale für sich mobilisieren können, sondern sie wäre auch noch weniger in der Lage, ihr traditionelles Potential zu mobilisieren, als sie es ohnehin schon ist: *Schon jetzt begeben sich SP-Anhänger weniger oft zur Urne als Anhänger bürgerlicher Parteien* (vgl. Gruner/Hertig 1983, S. 152). Die Ergebnisse einer eigenen Untersuchung deuten an, dass sich die traditionelle Basis der SP infolge des Zerfalls der Arbeiterkultur und der Integration der zentralen Organisationen der Arbeiterbewegung ins System bereits jetzt der Arbeiterbewegung entfremdet hat und primär zum Wählerpotential bürgerlicher Parteien gehört (vgl. Ganguillet/Kriesi 1983). Mangels eigener Artikulations- und Identifikationsinstanzen liegt es für die entwurzelten Bürger der

traditionellen SP-Basis nahe, sich der dominanten Kultur anzupassen und die Vertreter des Status quo zu wählen, wenn sie auch in konkreten Sachfragen, deren Implikationen zum Teil offener sichtbar werden, vermehrt gegen die gewählten Verteidiger des Status quo stimmen. Die beiden anderen Optionen implizieren den Schritt in die Opposition. Durch einen Austritt aus der Allparteien-Regierung, so lässt sich aufgrund der skizzierten Entwicklung des Konkordanzsystems vermuten, hätte die SP wenig zu verlieren, aber einiges zu gewinnen.

Durch ihren Austritt aus der Regierung könnte sie überdies zu einer besseren Funktionsweise des Gesamtsystems beitragen. Gewinnen würde die SP zunächst insofern, als sie die Kosten der «Abnutzungerscheinungen» der Regierungskoalition, die ohnehin kaum von ihr verursacht werden (die SP benimmt sich in der Regel wesentlich «staatsstreuer» als ihre bürgerlichen Partner), nicht mehr mitzutragen hätte. Als Oppositionspartei wäre sie zudem in der Lage, diese Kosten deutlicher herauszuarbeiten und glaubhafter zu kritisieren. Durch die Aufgabe der «Zwitterstellung» als kritische Partei innerhalb der Regierung könnte sie ganz generell an Glaubwürdigkeit und Profil gewinnen, sie könnte eine eigene, neue Identität aufbauen und sich als echte Alternative zur Politik der bürgerlichen Mehrheit präsentieren (vgl. Kriesi 1982). Eine klare Oppositionsrolle würde es der SP erleichtern, eigene Konzepte in der Wirtschaftspolitik zu entwerfen, deren sie dringend bedarf, um in diesem zentralen Bereich der Politik an Einfluss zu gewinnen. Eine klare Oppositionsrolle würde es ihr generell auch erleichtern, die innere Lähmung, die defensive Strategie, die Angst vor der unbedarften Reaktion der Bürger, die sie

in den letzten Jahren charakterisiert haben, zu überwinden. Als Oppositionspartei stünden der SP zwei grundsätzliche Alternativen offen: Zum einen könnte sie als gemässigte Oppositionspartei auf eine Koalition der linken Mitte mit gemässigten bürgerlichen Kräften hinarbeiten. Diese Option ist schon nach den Nationalratswahlen von 1975 durch Toni Lienhard ins Spiel gebracht worden, der sie auch im Vorfeld der Nationalratswahlen von 1979 wieder aufgenommen hat. Sie ist angesichts der beschriebenen Fraktionierung im bürgerlichen Lager nicht völlig abwegig. Denkbar ist insbesondere ein Zusammengehen mit wertkonservativen, «grünen» und allenfalls auch technokratischen Kräften aus dem bürgerlichen Lager — auf Kosten der Strukturkonservativen. Eine Koalition dieses Typs wäre am ehesten als «rot-schwarze» Koalition auf Kosten des Freisinns denkbar, denn ein Regierungsaustritt der SP würde vor allem die CVP-Parteienfamilie unter Druck setzen (vgl. Lienhard 1979).

Zum anderen könnte eine oppositionelle SP die Zusammenarbeit mit der neuen Opposition, die sich bereits ausserhalb des Systems entwickelt hat, suchen, d.h. die Zusammenarbeit mit den linken Aussenseiterparteien, mit den neuen «grünen» Parteien (inklusive Landesring) und mit den neuen Bewegungen. Diese Option ist aus mindestens zwei Gründen besonders naheliegend. Zunächst einmal besteht eine «strukturelle Nähe» der SP zu dieser neuen Opposition — einerseits aufgrund ihrer Randposition innerhalb des Konkordanzsystems und andererseits aufgrund ihrer internen Entwicklung seit 1968, die wesentlich durch Vertreter aus dieser neuen Opposition mitgeprägt worden ist. Diese «strukturelle Nä-

he» lässt sich nicht nur anhand einer Analyse der Interaktionsmuster in der politischen Elite nachweisen (vgl. Kriesi 1980), sondern auch anhand von bisher nicht veröffentlichtem Zahlenmaterial aus einer Untersuchung über politische Mobilisierungsprozesse in der Schweiz. *Diese Untersuchung zeigt, dass fast die Hälfte (47%) der befragten Mitglieder verschiedener neuer Bewegungen mit der SP sympathisieren oder gar Mitglied der SP sind*; weitere 9% identifizieren sich mit linken Aussenseiterparteien und 10% mit «grünen» oder «quasi-grünen» Parteien (LdU). Nur 13% stehen den bürgerlichen Parteien nahe. Die restlichen 20% identifizieren sich mit keiner Partei und bilden, so würde ich folgern, ein latentes Potential für eine profilierte Oppositionspartei, die sich an diesen Bewegungen orientiert. Bei den von dieser Opposition artikulierten Anliegen handelt es sich zweitens um Anliegen, welche von der bürgerlichen Mehrheit in der Regierung nicht berücksichtigt werden, obwohl sie breiten Bevölkerungskreisen — weit über die mobilisierten Teile der Bevölkerung hinaus — auf den Nägeln brennen. Ein Indiz für die Popularität dieser Anliegen in der Bevölkerung ist der Erfolg «grüner» Politiker bei den letzten Wahlen — unabhängig von der Parteizugehörigkeit der Betroffenen. Weitere Indizien liefern die oben erwähnten Abstimmungsausgänge. Eine SP in der Opposition, die sich eindeutiger als «grüne» Partei profilieren könnte, welche die Verantwortung für die laufende Untätigkeit des politischen Systems den neuen Problemen gegenüber eindeutig denjenigen zuschreiben könnte, die dafür in der Tat auch heute schon verantwortlich sind, eine solche SP sähe sich einem Wählerpotential gegenüber, das vorläufig

— mangels Alternativen — «grüne» Politiker noch dort wählt, wo es aus Gewohnheit und Tradition immer schon gewählt hat, oder das momentan — gleichfalls aus Mangel an Alternativen — gar nicht (mehr) wählen geht. Risikolos sind auch diese beiden Optionen nicht, das sei unumwunden zugegeben. Interne Spannungen werden der Partei auch bei diesen Optionen nicht erspart bleiben — im Gegenteil. Der Schritt in die Opposition ist ein Schritt ins Ungewisse, man hat wenig Erfahrung damit. Und der Spatz in der Hand... Übersehen sollte man allerdings nicht, dass Opposition im Konkordanzsystem bereits heute nicht nur möglich ist, sondern dass es bereits heute eine starke Opposition gibt, die gegen dieses System mit unkonventionellen politischen Aktionsformen angetreten ist. *Die Frage, die sich für die SP heute stellt, ist die, ob sie sich dieser wachsenden oppositionellen Strömung anschliessen möchte oder ob sie die herrschenden politischen Kräfteverhältnisse gegen diese Opposition verteidigen will.*

Literatur

- DITTRICH, K. and L.N. JOHANSEN 1983. Voting Turnout in Europe, 1945–1978: Myths and Realities. In: H. Daalder/P. Mair (Eds.): Western European Party Systems. Continuity and Change. London: Sage, p. 95–114.
- GANGUILLET, G., und H. KRIESI 1983. Der heimatlose Bürger im Leistungsstaat. In: Schweiz. Jahrbuch für Politische Wissenschaft, 23, S. 141–160.
- GERMANN, R. 1975. Politische Innovation und Verfassungsreform. Bern: Haupt.
- GRUNER, E., und H.P. HERTIG 1983. Der Stimmbürger und die «neue» Politik. Bern: Haupt.
- KRIESI, H. 1980. Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Schweizer Politik. Frankfurt: Campus.
- KRIESI, H. 1982. Vorschläge zur Modifikation der Entscheidungsstrukturen in der Schweizer Politik. Wirtschaft und Recht, Heft 3, 34. Jg., S. 225–252.
- KRIESI, H., R. LEVY, G. GANGUILLET und H. ZWICKY (Hrsg.) 1981. Politische Aktivierung in der Schweiz 1945–78. Diessenhofen: Verlag Rüegger.